

Zeitschrift: Illustrierte schweizerische Handwerker-Zeitung : unabhängiges Geschäftsblatt der gesamten Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

Herausgeber: Meisterschaft aller Handwerke und Gewerbe

Band: 40 (1924)

Heft: 39

Artikel: Eine Konferenz gemeinnütziger Bau- und Wohngemeinschaften

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-581605>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schulgemeinde erteilte dem Antrag der Sekundarschulpflege auf Außenrenovation des Sekundarschulhauses und Gewährung des erforderlichen Kredites von 8000 Franken die Zustimmung.

Die Kirchenrenovation in Thalwil ist beendet. Die unter der Leitung der Architekten Müller & Freytag ausgeführten Arbeiten im Kostenaufwand von 100,000 Franken umfassen eine fast gänzliche Erneuerung der Innen-Ausstattung mit Ausnahme der Emporen-Bestuhlung. Nebst einer elektrischen Heizungs- und Beleuchtungsanlage ist eine neuartige Höreinrichtung für Schwerhörige geschaffen worden. Der in warmen Tönen geschmackvoll gehaltene Innenraum mit den farbigen Vorhängen und den neuen Beleuchtungskörpern findet allseitige Anerkennung.

Zwei neue Kirchen erhält fast miteinander die zürcherische Gemeinde Dietikon. Die neue protestantische Kirche steht im Rohbau fertig da und jetzt rückt auch die katholische Kirchengemeinde mit den Plänen für ihre neue Kirche auf. Sie kommt auf den gleichen Platz zu stehen, wo bisher die gemeinsame, Jahrhunderte alte Kirche gestanden hat.

Für die Erweiterung der Schießanlage auf der Allmend Hüngg bewilligte die Gemeindeversammlung einen Kredit von 15,000 Fr. Die gegenwärtige Anlage, die für eine Zahl von 350 Schießpflichtigen als ungenügend erklärt wurde, soll von 6 auf 12 Zugscheiben erweitert und ferner ein Munitionsdepot eingebaut werden. Bei den Arbeiten sollen hauptsächlich Arbeitslose Beschäftigung finden.

Ueber die Bautätigkeit in Bern berichtet der „Bund“: Die Bautätigkeit ist in Bern noch immer sehr rege und läßt immer wieder neue Häuserreihen erstehen. Ziemlich zahlreich sind auch die Umbauten, die namentlich Häuser der Hauptstraßen der alten Stadt umwandeln und sie Geschäftszwecken zuführen. Das ehemalige Hotel Wildenmann ragt mit seinem spitzen Giebel, der bei projektierten Bauten der innern Stadt sich wiederholen wird, hoch über die alten Häuser, die ihn umgeben, heraus. Gleich wie dies beim zukünftigen Karl-Schenk-Haus der Fall sein wird, erheben sich über den Stockwerken mit den hohen Fenstern noch zwei Dachstöcke, die vollständig ausgebaut sind. Der neue „Wildenmann“ erhält vom Kyfflitzgäßchen aus einen Zugang in seine hintern Lokalitäten. Bereits wurde mit dem Abbruch in diesem Gäßchen begonnen, und zwar fallen diesem Projekt alte, niedere Häuser zum Opfer, an deren Stelle mutmaßlich das Haus des ehemaligen Penters von Bern stand. Die Umbauten des Hauses Spitalgasse-Ecke von Werdt-Passage sind nahezu vollendet. Durch sie erhält die Stadt Bern eine weitere großangelegte Rükchwirtschaft, die nicht weniger als 160 Sitzplätze fassen wird. Nach Vollendung dieses Baues wird die Umwandlung der von Werdt-Passage vorgenommen; nebst Geschäftslokalitäten soll ein Kimotheater dort errichtet werden.

Im Spitalacker erhebt in der Nähe des Salems ein neues Quartier. An der Humboldtstraße wird an großen Miethäusern, die größere Wohnungen enthalten werden, bereits gebaut. Nicht weniger als sieben derartige Häuser werden in nächster Zeit auf diesem Areal erstellt werden. Ein neues Quartier ist im Solimont entstanden. Auf genossenschaftlichem Wege sind gegenwärtig 24 neue Häuser im Bau. Das Eisenbahnerquartier im Weissenstein soll vergrößert werden. 29 neue Häuser, zum größten Teil Einfamilienhäuser, die den Typus der bereits gebauten Häuser aufweisen, werden dieser Kolonie angefügt. Die Häuser gruppieren sich um die bestehenden Häuser herum und sollen von der Kirchbergstraße, dem Stedelungsweg und dem Rohrweg umfaßt werden.

Kirchenrenovation in Jenaz (Graubünden). Die Installationsarbeiten für die Kirchenheizung und -Beleuchtung, die von der Firma Müller & Keller in Rübli ausgeführt werden, sind in vollem Gange und sollen noch bis Weihnachten beendet sein. Auch die Demontierung des alten Geläutes ist durch die Firma Wilh. Egger in St. Gallen bereits durchgeführt.

Der erweiterte Bahnhof in Appenzell. Man schreibt dem „St. Galler Tagbl.“: „Die Kollaudation der Bahnhofserweiterung in Appenzell hat stattgefunden. Als Vertreter des eidgen. Eisenbahndepartements und der Obertelegraphendirektion amtierten die Herren Kontrollingenieure Koller für die allgemeine Anlage und Brunnschweiler für die Einrichtung der elektrischen Zugförderung der Sämtsbahn, sowie Herr Ingenieur Döbeli für die Schwachstromanlagen. Von den beteiligten Bahnverwaltungen waren die zuständigen Organe der Appenzellerbahn, der Bahn-Gemeinschafts-Direktion (Appenzellerbahn Gossau-Gröden-Appenzell, Appenzeller Straßenbahn St. Gallen-Gais-Appenzell und Appenzell-Weißbad-Wassermaur) und die Bauleitung (Herr Ingenieur H. Sommer, St. Gallen) anwesend. Seit ungefähr einem Vierteljahr wurde in emsiger Tätigkeit an der Umbau- und ganz erheblichen Erweiterung des Bahnhofareals Appenzell gearbeitet, bis das Ziel eines räumlich hinreichenden Gemeinschaftsbahnhofes für alle drei Bahnen glücklich erreicht worden ist. Damit wird in erster Linie das langjährige Bestreben der Sämtsbahn auf Einführung ihrer Linie in den sehr erweiterten Bahnhof verwirklicht. Sodann wird ein langgehegter Wunsch des Publikums, besonders der Touristen, auf rasche, bequeme und auch gefahrlose Benützung des Bahnhofes Appenzell und seiner drei ein- und ausfahrenden Bahnen glücklich erfüllt. Von nun an wird der Umstieg zwischen den drei genannten Bahnen auf kürzestem Wege auf einem breiten Zwischenperron sich abwickeln. Eine Perronhalle schützt vor schlechtem Wetter. Auch sonst wird diese Perronhalle bei Massenandrang des reisenden Publikums im Sommer übersichtshalber ihrem Zwecke entsprechen. Die Verbindung zwischen Bahnhof und Dorf Appenzell erfährt durch die teilweise neue Anlage eine Erweiterung mittelst der Niedstraße, auf welcher letztere der Zwischenperron ausmündet.

Heute schon macht der ganze Erweiterungsbau ein recht gefälliges Aussehen. In Zukunft sind auch in der Sommerperiode bei einigermaßen hinreichender Sorgfalt des ankommenden Touristen- und Reisendenvolkes auf dem Bahnhof Appenzell nicht wie bisher allerlei Hemmnisse und Gefahren zu befürchten. Dem zeitgemäßen Unternehmen ist nach seiner vortrefflichen Ausführung durch den leitenden Ingenieur Herrn H. Sommer und seine Mitarbeiter nun aber auch bester allseitiger Erfolg zu wünschen.

Schulhaus Bellikon (Aargau). Die Gemeinde Bellikon hat nun auch ihr neues Schulhaus erhalten. Dank des Entgegenkommens der aargauischen Regierung und dank des weltächtigen Bestrebens des Gemeinderates konnte, nach den Plänen und unter der Leitung des Zürcher Architekten Richard von Murali, ein Schulhaus erstellt werden, das der Gemeinde zur Zierde und Ehre gereicht.

Eine Konferenz gemeinnütziger Bau- und Wohngenossenschaften.

Man schreibt der „N. Z. Z.“: Im Jahre 1920 wurde der schweizerische Verband zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues ins Leben gerufen, der bereits

verschiedenemale die Leitung gewechselt hat und heute aus verschiedenen Gründen wenig von sich reden macht. Viele gemeinnützige Baugenossenschaften mit gleichen Zwecken und Zielen haben sich ihm nicht mehr angeschlossen, und doch sollten sie sich unter den Verhältnissen, unter denen sie heute zu arbeiten und sich zu behaupten gezwungen sind, an eine schweizerische Organisation anschließen können. Am 6. Dezember tagte nunmehr im „Du Pont“ in Zürich eine vom Vorstand der „Familienheim-Genossenschaft Zürich“ (Friesenbergkolonie) im Namen einiger gemeinnütziger Bau- und Wohngenossenschaften einberufene Konferenz zur Besprechung organisatorischer und anderer Fragen; sie war von gegen fünfzig Vertretern solcher Genossenschaften aus verschiedenen Kantonen besetzt und wurde durch A. Schneider (von der Familienheim-Genossenschaft Zürich) geleitet.

Nach den Ideen, die der Vorsitzende einleitend entwickelte, sollten Mittel und Wege geprüft werden, wie den zahlreichen Baugenossenschaften in der Schweiz durch Zusammenschluß mehr Betätigung und ein größerer Wirkungskreis verschafft werden könnte. Ein großes Hindernis bilden z. B. die gegenwärtig sehr schwierigen Hypothekerverhältnisse und der Kapitalmangel. Die Finanzpolitik des Bundesrates und der Nationalbank, die der Redner in kritischem Sinne streifte, sei leider nicht dazu angetan, den Baugenossenschaften, die einen absolut notwendigen Platz im heutigen Wirtschaftsleben ausfüllen, ihre Aufgaben zu erleichtern. Da könne sich nur eine zielbewusste Organisation bei den Behörden Gehör verschaffen und für die einzelnen Genossenschaften etwas erreichen. Die Frage wäre auch zu prüfen, ob die schweizerische Darlehenskasse zur Finanzierung des gemeinnützigen Wohnungsbaues nicht wieder entstehen sollte. Wohl besteht der Schweizerische Verband zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues; aber seine Stellung ist nach der Meinung Schneiders sozusagen unhaltbar geworden; er hat in der Lösung praktischer Wohnbaufragen versagt. Alle die Baugenossenschaften, die an einem solchen Verbande natürlich kein Interesse haben, müssen sich in einer aktionsfähigen Organisation zu erspriesslicher Tätigkeit zusammenschließen. Es lag nicht in der Absicht der Initianten der heutigen Konferenz, ein Programm vorzulegen; dagegen soll die Aussprache wenn möglich zu bestimmten Ergebnissen führen.

Diese Aussprache beschäftigte sich allerdings vorerst, die Kernfrage beiseite lassend, ausgiebig mit dem Wohnungsbau an sich, mit finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, wobei auch Theorien mitunterkamen, deren Verwirklichung die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse nun einmal nicht zulassen würden. Gegenüber den Bestrebungen des heutigen Verbandes, technische Fragen zu lösen, wurde hervorgehoben, daß der Wohnungsbau in überwiegendem Maße zur Finanzfrage geworden ist. Der Präsident der A. B. Z. rief angesichts der Schwierigkeit, selbst erste Hypotheken unterzubringen, energisch nach einer Selbsthilfe der Mieter und Genossenschaftler. Für einen Winterthurer Vertreter ist die Wohnbaufrage eine Frage des Zinsfußes; in seinen währungspolitischen Ausführungen plädierte er für einen Geldumlaufzwang, von dem allein eine Senkung des Zinses zu erwarten wäre. Von anderer Seite wurde betont, daß nur die kräftige Verbreitung des Gedankens des genossenschaftlichen Wohnungsbaues bei den Behörden Hilfe bringen könne. Vorschläge mehr positiver Art machte der Präsident der Allgemeinen Baugenossenschaft Winterthur, indem er von der Gründung einer Baugenossenschaftsbank sprach, welche für die auf den Neubauten fehlenden 35 bis 40 Prozent Deckung, garantiert durch die Behörden, zu sorgen hätte. Eine wesentliche Verbilligung des Bauens wäre nach diesem Vertreter auch möglich durch die Angliederung einer eigenen Bauleitung an den Zentralverband.

E. BECK
PIETERLEN BEI BIEL

TELEPHON No. 8

DACHPAPPE
HOLZZEMENT
KLEBEMASSE

Was nun die organisatorische Frage, ein Zusammenschluß aller gemeinnützigen Baugenossenschaften der Schweiz, anbelangt, so wurde einheitlich die Auffassung vertreten, daß der Verband zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbauens, so wie er heute dasteht, für die gemeinnützigen Bau- und Wohngenossenschaften nichts Erspriessliches mehr zu leisten imstande sei. Man stehe vor der Alternative: die Organisation entweder zum Arbeiten zu veranlassen oder aufzulösen, um etwas Neues an ihre Stelle zu setzen. Hervorzuheben ist dabei das Votum des Verwalters des stadtzürcherischen Wohnungsnachweises, Herrn Billeter, der in sehr sachlicher Weise die unbesriedigende Entwicklung des jetzigen Verbandes zu erklären versuchte, aber auch offen zugab, daß er in der jetzigen Form nicht mehr existenzfähig sei. Doch warnte er dringend vor einer neuen Organisation; was da ist, soll zweckentsprechend ausgebaut werden. Diese Ansicht gewann die Oberhand in der lebhaft geführten Diskussion, um so mehr, als dem Verband noch Geldmittel zu Gebote stehen, mit denen weiter gearbeitet werden kann. Am Schlusse der mehrstündigen Erörterungen lagen drei Anträge vor, die noch eine scharfe Diskussion verursachten, wobei es sich namentlich darum handelte, ob eine aus der Mitte der Versammlung gebildete Kommission oder die Zürcher Sektion des Schweizerischen Verbandes die ganze Sache an die Hand zu nehmen habe. Schließlich siegte mit Mehrheit der ergänzte Antrag Blank von der Eisenbahnerbaugenossenschaft Zürich, der dahin ging, es sollen die in der Aussprache aufgeworfenen Fragen dem Vorstand der Zürcher Sektion überwiesen werden mit dem Auftrag, unter Beziehung von Vertretern kantonalzürcherischer Baugenossenschaften die ganze Angelegenheit zu studieren und behufs Reorganisation des schweizerischen Verbandes zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues baldmöglichst die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes nach Zürich zu veranlassen.

Zu der weiteren Frage, die vom Vorsitzenden erwähnt worden war, ob sich die Bau- und Wohngenossenschaften dem von alt Nationalrat Jäggi (Basel) befürworteten schweizerischen Genossenschaftsbund anschließen sollen, wurde von den Konferenzteilnehmern eine abwartende Stellung eingenommen.

Der Wohnungsmarkt im Kanton Zürich.

Die zürcherische Regierung hat ihre ablehnende Antwort auf die Frage des Bundesrates, ob der Mieterschutz aufzuheben sei, mit einem ausführlichen Tatsachenmaterial versehen, dem wir folgende, auf eingehenden Erhebungen beruhende Angaben entnehmen:

Obwohl bis zum 31. Oktober 1924 in der Stadt Zürich doppelt soviel Wohnungen in Neubauten erstellt worden sind, nämlich 1384, als im Jahre 1923, das 639